

KOMMUNALPROGRAMM

NEUES FORUM LEIPZIG

Teil 1

Finanzpolitik und Demokratie in der Kommune

Beschluß vom 9. April 1994
anläßlich der Mitgliederversammlung
zur Vorbereitung der Kommunalwahl

Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Am 9. Oktober 1989 überwanden über siebzigtausend Leipzigerinnen und Leipziger ihre Angst vor der SED-Diktatur und gingen auf die Straße.
Damit war das Ende der Herrschaft von SED und ihrer Staatssicherheit entschieden und die Wende zur Demokratie eröffnet.
Demokratie sollte auch heißen, daß nicht mehr einige Wenige entscheiden und sich auf Kosten der Mehrheit bereichern.
Im vereinten Deutschland sollte Demokratie und soziale Gerechtigkeit auf der Grundlage gleicher Lebensverhältnisse, kommunaler Demokratie und des Sozialstaates durchgesetzt werden.

Im Namen der Verwirklichung der Einheit der Nation übernahm CDU-Chef Kohl die Regierung. Er versprach, Ostdeutschland in eine blühende Landschaft zu verwandeln. - Inzwischen hat sich erwiesen, daß die Politik der CDU-Bundesregierung den Sozialstaat zerstört und den Bestand der Demokratie überhaupt gefährdet
(z.B. der sogenannte "Solidarpakt", Vorschläge zum Einsatz des Militärs im Innern oder der Große Lauschangriff).
Kurt Biedenkopfs Ziel heißt "Befreiung des Staates von sozialpolitischen Aufgaben" - gemeint ist die Abschaffung des Sozialstaates.

Auch die Wahlniederlage 1990 konnte uns nicht hindern, den im Umbruch eingeschlagenen Weg zu verlassen. So wie wir das Ende der DDR und die Deutsche Einheit begrüßt haben, mußten wir aber auch feststellen, daß die politischen Entscheidungen der gewählten Verantwortungsträger in ihrer Mehrheit nicht den Erwartungen der hier lebenden Menschen entsprechen.

Beschwörungsformeln wie "Aufschwung Ost", "Leipzig kommt" oder die allmonatliche Meldung "die Talsohle sei durchschritten" sollten beruhigen und von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau ablenken.

Vielfach blieben politisch belastete Personen im Amt oder mußten erst gehen, wenn ihre Vergangenheit zu bekannt geworden war.

Das NEUE FORUM stellt sich auch 1994 mit einer offenen Liste zur Wahl. Nachfolgend erfahren Sie unsere Kritikpunkte und Vorschläge zur Kommunalpolitik in Leipzig.
Machen Sie sich die Mühe diese Texte zu lesen, um unsere Standpunkte kennenzulernen! Sie werden feststellen, daß wir klar und deutlich Wege zur Verbesserung des Lebens in unserer Stadt aufzeigen.

Die Wende zu sozialer Politik im Interesse der Mehrheit ist unser Ziel.

In der DDR-Diktatur war das bloße Nichtwählen schon eine bewußte politische Tat, doch deutliche Ablehnung des Regimes war nur mit der entschiedenen Gegenstimme zu erreichen.

In der Demokratie interessiert es die etablierten Parteien wenig, wie hoch der Anteil der Nichtwähler ist.
Bedenken Sie, daß Sie auch dann der Herrschaft der entstehenden Mehrheitsverhältnisse unterworfen werden, wenn sie an deren Zustandekommen selbst nicht mitgewirkt haben.

Wir brauchen in den Parlamenten Frauen und Männer, die für uns und nicht gegen uns politische Entscheidungen treffen!

Die eigene Stimme ins Spiel zu bringen ist besser als Schweigen!
Wir haben es erreicht, frei wählen zu können und sollten diese Freiheit nicht ungenutzt lassen.
Wägen Sie ab, ob Sie für die nächsten Jahre dem NEUEN FORUM *Ihr Vertrauen geben.*

NEUES FORUM Leipzig 1994

●●●

Wir danken allen, die durch ihre Unterstützungsunterschrift den Antritt des NEUEN FORUM zur **Europawahl** am 12. Juni 1994 ermöglicht haben.

"NEUES FORUM zulassen!"

Für die Zulassung zur **Landtagswahl** benötigen wir noch einmal Unterstützungsunterschriften. Bitte teilen Sie uns mit, ob Sie bereit wären, unseren Antritt mit Ihrer Unterschrift zu unterstützen! Bisher waren Abgeordnete des NEUEN FORUM im Landtag in der Fraktion *Bündnis 90 / Grüne* vertreten, doch spätestens seitdem Abgeordnete des angepaßten *Bündnis 90 / Die Grüne* offen über die mögliche Koalition mit der CDU spekulierten - hielten wir einen selbständigen Antritt des NEUEN FORUM für dringend notwendig! Das haben wir zum Landesforum in Bischofswerda beschlossen.

●●●

Für eine glaubwürdige Opposition!

Jede Spende stärkt unsere Unabhängigkeit:

NEUES FORUM LEIPZIG
Stadt- und Kreissparkasse Leipzig - Kontonummer: 318 143 102 - Bankleitzahl 860 555 92

Unsere finanziellen Mittel für den Wahlkampf sind arg begrenzt. Wir erhalten weder Spenden von Wirtschaftsunternehmen oder Banken wie FDP, CDU und SPD noch verfügen wir über Gelder aus der Zeit der DDR-Diktatur wie die PDS. Wir haben auch keine Mitglieder in wohldotierte Posten (z.B. BBVL GmbH) gebracht . . . - Für Ihre Spende können Sie auf Verlangen eine Spendenquittung erhalten, denn das NEUE FORUM ist als Organisation im Sinne des Parteiengesetzes anerkannt. - Uns ist jede Unterstützung willkommen, persönliche Hilfe etc. etc. Danke!

Wirtschaftspolitische Aufgabenstellung der Stadt

Wir sehen den industriellen Kahlschlag im Osten Deutschlands, hervorgerufen durch die verfehlte CDU-Bundespolitik, verwirklicht mittels der von der Modrow-Regierung geschaffenen Treuhandanstalt, welche die Bundesregierung ihrem Finanzministerium unterstellt hat.
In der Leipziger Metallindustrie arbeiten von den einst 70.000 nur noch 7000 Menschen (90% verloren ihren Arbeitsplatz).
1990 waren im öffentlichen Dienst der Stadt Leipzig noch 28.000 beschäftigt, heute nur noch 12.000 (57 % verloren ihren Arbeitsplatz).
Besonders Frauen sind von Arbeitslosigkeit betroffen (2/3 aller Arbeitslosen sind Frauen). Fast jede zweite Familie lebt in Leipzig von den Mitteln des Arbeitsamtes.
In dieser Zeit ständig steigenden Arbeitsplatzabbaus und damit verbundener Arbeitslosigkeit, ist – auch im kommunalen Bereich – ein radikales Umdenken notwendig.
Wirtschaftspolitik in ihrer Auswirkung kann unserer Meinung nach deshalb nur so erfolgen:

1. Erhalt alter Arbeitsplätze mit der Maßgabe, ersetzend neue Arbeitsplätze zu schaffen
2. Keine weiteren Stellenstreichungen im Öffentlichen Dienst, keine weiteren Entlassungen aus Sozialeinrichtungen, Kindereinrichtungen, Krankenhäusern.
3. Wirtschaftspolitische Umstrukturierung sozial verträglich gestalten
4. Keine (formelle oder echte) Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Einrichtungen: Jugendclubs, Behindertenstätten, Rentnertreffs, Einrichtungen von Frauen für Frauen, Bibliotheken, KiTas, Schulen, Postämtern, Stadtteiltreffs u. a.
5. ABS-Beschäftigungsgesellschaften sind in Produktionsstätten umzuwandeln.

Was verbirgt sich hinter dem Begriff: „Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen“?

Privatisierung ist ein sehr sensibles Thema, steht doch der Begriff für viele als Synonym für Arbeitslosigkeit. Das ist leider auch die Realität.
Nun sollen auch im Sektor der öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen Privatisierungsmaßnahmen greifen.
Bekannt wurde der Begriff mit dem Modell **„Leipzig als Konzern“**, dem Versuch, kommunale Dienstleistungen und Einrichtungen zu privatisieren und den Einfluß der Stadt scheinbar dadurch zu sichern, daß die Dezernenten gleichzeitig als Geschäftsführer fungierten. Die kommunale Demokratie wäre damit nahezu abgeschafft, denn das Parlament könnte weder über die Verwendung von Geldern entscheiden, noch Rechenschaft über Aufgabenerledigung verlangen.
Leipzig als mehrheitlich SPD-regierte Stadt, unterstützt durch CDU und Bündnis 90/Die Grünen eignete sich offensichtlich als Testfeld für unsoziale und undemokratische Experimente, da eine glaubwürdige parlamentarische Opposition bisher fehlt.
Bemerkenswert ist, daß das Privatisierungsmodell „Leipzig als Konzern“ inhaltlich den Zielsetzungen der „Mannheimer Erklärung“ der CDU vom 23. Parteitag (1975) gerecht wird.
Michael Weber (Bü/Grü) erklärte damals zum Konzernmodell: *„hier muß gesehen werden, wie weit im Osten Deutschlands im ´rechtsfreien´ Raum Gestaltungsmöglichkeiten beherzt genutzt werden können“*. Im Westen sind die haushaltsrechtlichen Möglichkeiten dafür nicht gegeben.
Offiziell wurde behauptet, Privatisierung sei kostengünstiger. Michael Merkel (Bü/Grü) setzte sich dafür ein, daß auch jene Aufgaben privatisiert werden sollten, die *„von*

Unternehmen nur zu gleichen Kosten wie von der öffentlichen Verwaltung erledigt werden können". Doch Privatunternehmen sind steuerpflichtig und haben keinen Zugang zu günstigen Kommunalkrediten. Woher kommen also die Erträge? Höhere Einnahmen sind nur durch Personalkostenreduktion, Dienstleistungsabbau oder Gebührenerhöhung zu erreichen. Dies wären die negativen Folgen sowohl für die Beschäftigten wie für die Bürgerinnen und Bürger.
Durch den Protest vieler Bürger und des NEUEN FORUM Leipzig konnte der deutschlandweit einzigartige Versuch nicht voll durchgestartet werden.

(Wer sich näher mit der Thematik beschäftigen möchte, dem sei unsere Broschüre „Bürokraten verspielen unsere Zukunft", Hrsg. Neues Forum Leipzig 1992, empfohlen!)

Nun gibt es eine sogenannte Beratergesellschaft, die das gleiche Ziel verfolgt und schon wieder in die Schlagzeilen gerät, denn die Bezahlung der beiden Geschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen und SPD ist skandalös.
Interessant dabei ist vor allem auch, daß man mal wieder im Osten Experimente durchführt. Was hier ausprobiert wird, droht später dem gesamten Bundesgebiet.

Doch was treibt die Verantwortlichen dazu, Privatisierung zu befürworten?
Die Haushalte des Staates, also auch der Kommunen, funktionieren nur noch mit der Aufnahme hoher Kredite (in Leipzig allein 1993: 250 Millionen ohne Berücksichtigung der LWB), die Zinslast wird die Kommunen in den nächsten Jahren erdrücken. Die Privatisierung wird als Ausweg angepriesen.

Zur Sächsischen Bürgermeisterkonferenz Ende letzten Jahres in Böhlen legte Herr Biedenkopf das Privatisierungskonzept für kommunale Dienstleistungen auf den Tisch, welches vom Kabinett (also der CDU-Regierung, nicht vom Parlament als gesetzgebender Kraft) am 24.8.93 verabschiedet wurde. Dort werden über 50 Privatisierungsmöglichkeiten genannt.
Erreicht werden soll die Effizienz der Verwaltungsarbeit, verbunden mit der Verringerung von Verwaltungsarbeitskräften und damit Einsparung von Personalkosten. Das klingt erst mal gut.
Jedoch die Kernverwaltung, also die Ämter, sind im Privatisierungsprozeß nicht enthalten. Personal wird in den nachgeordneten Einrichtungen abgebaut, also Schulen, Kindereinrichtungen, Küchen usw.
Als Argument für die Kreisreform wurde immer wieder angeführt, daß durch die Zusammenführung der Ämter alles übersichtlicher wird und Personal eingespart werde. Dem steht jedoch ein Schreiben des Innenministeriums gegenüber, das besagt, daß aus der Kernverwaltung niemand entlassen werden darf. Es ist immer schön, wenn Entlassungen vermieden werden. Doch entlassen wird trotzdem, aber nicht bei den Dezernenten und Amtsleitern, die sich nun oft auf mehreren Stellen wiederfinden, sondern eine Stufe tiefer, bei den Mitarbeitern. Ungemein sozial?
Die Drohung, die Stadt, falls sie nicht kürzt und verkauft, unter Zwangsverwaltung zu stellen, dient dem Interesse der CDU-Bundes- und Landespolitik, den Abbau sozialer Leistungen gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen.
Wenn es der Sächsischen CDU-Staatsregierung gelingt, öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren, hat dies z.B. folgende Auswirkungen:

1. Die Abgeordneten, die gewählten Vertreter der Bevölkerung, also die Parlamente der Städte und Gemeinden, verlieren ihren Einfluß auf das Leistungsangebot und den Preis der Dienstleistungen, die privatisiert worden sind. Sie werden überflüssig, die viel beschworene Demokratie wird maximal ausgehöhlt. Dazu 3 Beispiele:

a) Eine private Wohnungsvermittlung z. B. verdient an der Höhe der Miete bzw. des Kaufpreises und an der Wohnungsgröße. Das heißt, die Wohnungsvergabe richtet sich ausschließlich nach dem Geldbeutel der Interessenten und nicht nach der sozialen Bedürftigkeit.
   Die Auflösung der Wohnungstausch-Zentrale in Leipzig bringt laut Kaminski (CDU)

eine halbe Million. Damit werden jedoch die Bürgerinnen und Bürger an die Makler ausgeliefert.

b) Eine private Müllentsorgung kann den Preis diktieren, zumal es kaum mehrere Anbieter gibt. Außerdem wird damit der Müllvermeidung entgegengewirkt, denn der private Müllentsorger verdient an der Menge und nicht an der Einsparung. Gleiches gilt z. B. für Trinkwasserversorgung und wirkt sich nach Erfahrungen Großbritanniens qualitätsmindernd aus.

c) Wenn Kindereinrichtungen in private Hände gelegt werden, bleiben die Kinder die Leidtragenden, wenn ihre Eltern nicht in der Lage sind, die Beiträge zu zahlen. Die Eltern wiederum (meistens die Mütter) können nicht ins Berufsleben zurück, wenn sie ihre Kinder nicht in einer Kindereinrichtung betreuen lassen können.
Im Arbeitsamt werden sie als nicht vermittelbar abgehakt.

2. Wohin richten wir unsere Kritik?
Wenn sich die Regierungen in Stadt und Land verschiedener Aufgaben entledigen, sind sie nicht mehr dafür verantwortlich zu machen.
Dann haben wir zwar gewählte Vertreter, diese können jedoch nichts ausrichten, weil die Entscheidungskompetenz in privater Hand liegt.

3. Es gibt Dienstleistungen, die privatwirtschaftlich laufen können, über die Folgen wird in den Punkten 1 und 2 gesprochen.
Es gibt jedoch Aufgaben des Staates, die nicht privatisierungsfähig und **nur** durch Zuschuß der öffentlichen Hand möglich sind. Dazu gehören sämtliche Sport- und Kultureinrichtungen. Keine Museen, keine Sporthallen, keine Bäder, keine Bibliotheken und Jugendclubs funktionieren ohne die Hilfe der öffentlichen Hand. Bei einer konsequenten Privatisierungspolitik, die ernsthaft zu befürchten ist, müssen wir mit dem Verlust an Angeboten und Vielfalt rechnen. Das wäre ein derber Schlag gegen viele Menschen.

Aus den oben genannten Gründen wendet sich das NEUE FORUM gegen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Einrichtungen auch in Leipzig.
Der Staat hat nur dann eine Berechtigung, wenn er sich der sozialen und politischen Verantwortung nicht entzieht.
Eine SPD, die sonst die unsozialen Entscheidungen der CDU kritisiert, sollte diese in Leipzig nicht einfach mit durchsetzen.

Arbeitslosigkeit - auch in Leipzig!

Die neuesten Arbeitslosenzahlen sprechen für sich. Von der seit zwei Jahren allmonatlich beschworenen Talsohle kann die Rede nicht sein. Die Aussichten sind nicht beruhigend.
Und die Betroffenen sind Menschen, keine Zahlen oder Nummern, keine Prozente in der Statistik, sondern Menschen mit der Sorge um ihre Zukunft, ob das Geld über den Monat reichen wird, ob die Gebühren in den Kindereinrichtungen bezahlbar bleiben, ob die Miete weiter steigt, ob die Auslagen in den Schaufenstern doch wieder nur für andere bestimmt sind. Das NEUE FORUM fordert deshalb von der Bundes- und Landesregierung arbeitsmarkt-politische Steuerungen.
Wie in den anderen westlichen Demokratien muß der Staat einen Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der Industrie leisten. Die Bundesregierung und die Länder können selbst marktwirtschaftlich geführte Industriebetriebe gründen oder sich wenigstens an Treuhandbetrieben beteiligen, die sonst abgewickelt würden. In den Niederlanden und in Schweden wird das mit Erfolg praktiziert. Die Gründung von Betrieben mit staatlicher Beteiligung bietet dazu noch den Vorteil eines Wert- und Finanzzuwachses für den Staatshaushalt.

Die Investitionsmittel zum Aufbau solcher Betriebe können durch die Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer gewonnen werden. Selbst bei einem niedrigen Steuersatz

würden die Einnahmen etwa 10 Millionen DM im Jahr betragen. Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, eine Termingeldsteuer einzuführen. Dies ist notwendig, um die Anleger von rund 710 Milliarden DM zu bewegen, endlich ihr Geld im produktiven Bereich zu investieren und nicht allein auf Zinsen zu spekulieren. Die Verteilung der Einnahmen sollte dem Bund und den Ländern zugute kommen.

So vermissen wir leider auch in Leipzig Initiativen zur Verbesserung des Arbeitsmarktes.
Mit Konsumtempeln auf der grünen Wiese ist es nicht getan. Wie wichtig jedoch die Einflußnahme auf die Arbeitsmarktsituation für die kommunalen Haushalte ist, beweist die Tatsache, daß aus Arbeitslosen Sozialhilfeempfänger werden können, für deren Bezüge dann wieder die Kommune aufkommen muß.

Allerorten „finanzielle Sachzwänge“?

In den Kommunalen Haushalten soll „gespart“ werden. Immerhin beträgt die Neuverschuldung der Kommunen 1993 etwa 17 Mrd. DM. In den meisten Kommunen der 5 neuen Bundesländer setzen sich die Einnahmen etwa zu 2/3 aus Landes- und Bundeszuwendungen sowie Kreditaufnahmen zusammen. Die vielbeschworene kommunale Selbstverwaltung reduziert sich in dieser Situation auf das Reagieren unter finanziellen Zwängen. Die politische Entscheidungsfreiheit erscheint bedrohlich eingeengt. Doch sie ist Grundlage aller Demokratie.

Doch erinnern wir uns unserer Erfahrungen aus der Zeit der DDR:
Damals wurde das Interesse des herrschenden Regimes stets als „historische Notwendigkeit“ dargestellt. Es mangelte nie an Professoren, stets bereit, eine marxistisch-leninistische Begründung, eine „wissenschaftliche“ Herleitung der vermeintlich „objektiven historischen Notwendigkeiten“ zu basteln.
Doch wie ist es heute? Es werden keine Kosten für Beraterfirmen und Gutachten gescheut, wenn die politische Entscheidungsfreiheit durch finanzielle Zwänge widerlegt werden soll. Was im System direkter politischer Diktatur der DDR „historische Notwendigkeit“ hieß, dem entspricht heute im System indirekter ökonomischer Herrschaft der „finanzielle Sachzwang“. Beide Etiketten sind nur dazu geeignet, die dahinter stehenden Interessen der Herrschenden zu verbergen.
Dieser Vergleich soll jedoch die SED-Diktatur nicht verharmlosen. Nachweislich 18.000 Tote allein im politischen Gefängnis Bautzen sollten besonders angesichts des heutigen schein-oppositionellen Geschwätzes von PDS-Politikern nicht vergessen werden.

Gleichwohl soll die Finanzkrise der Kommunen nicht geleugnet werden, jedoch ist sie Resultat politischer Entscheidungen der Bundes- und Landespolitik der CDU.

Ein Beispiel:
Im Schatten der Deutschen Einheit wurde ohne viel Aufsehen am 1. Januar 1991 zugunsten weniger Börsianer in Deutschland die Börsenumsatzsteuer einfach abgeschafft. Kein CDU-Politiker hat dieses Geschenk an die Börsianer als Einnahmeverlust bedauert !
Denken wir zum Vergleich einmal an den sogenannten „Solidarpakt“ und die vorausgehenden Reden. Gar nicht solidarisch wurde gegen jene gehetzt, die ohnehin nicht viel bekommen. Jede und jeder Arbeitslose sei des „Sozialmißbrauchs“ verdächtig. Diese potentiell Kriminellen sind daher stärker zu kontrollieren und ihnen kann auch ohne Skrupel eine Kürzung abverlangt werden - wie sollen sie sich auch wehren? - Sie können nicht einmal streiken!
Es ist klar, gegen wen sich der „finanzielle Sachzwang“ richtet.

Für viele Politiker mag der „Nachweis“ eines Sachzwanges auch entlastend wirken. Fügt sich der Politiker vermeintlichen Zwängen, so muß er sich nicht mehr für seine politischen Entscheidungen verantwortlich fühlen und kann sie dennoch fällen.
Sehen Betroffene die Sache anders, erscheinen sie ihm uneinsichtig und beängstigend in ihrer „Politik(er)verdrossenheit“.

Die Erpressung der Kommunen mit „finanziellen Sachzwängen“ wird zum Instrument der Durchsetzung des Kommunalprogrammes der CDU, indem Kürzungen im Sozialbereich, Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen bis hin zur Verpflichtung von Sozialhilfeberechtigten zur Zwangsarbeit als unumgänglich angepriesen werden. Besonders das städtische Personal und die Erwerbslosen sollen für die Folgen von verantwortungslosen Entscheidungen anderer aufkommen.

Währenddessen arbeiten die Arbeit-“geber“ hartnäckig daran, die finanzielle Grundlage der Kommunen weiter zu unterminieren. Sie haben die Senkung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer für gewerbliche Einkünfte von 53% auf 47% durchgesetzt. Und sie verlangen schon die nächste Senkung. Vor allem aber streben sie auf dem Wege einer schrittweisen Senkung die Abschaffung der Gewerbesteuer an. Die Gewerbesteuern sind aber mit netto 40 Mrd. DM (1993) die wichtigsten eigenen Einnahmequellen der Kommunen. Die Lösung der CDU-Umverteiler: höhere Mehrwertsteuern, die dann sogar von den Sozialhilfebeziehern mitgetragen werden müssen.
Also von Sorge um die kommunalen Finanzen ist bei den Arbeitgebern niemand erfüllt. Sie denken selbstverständlich ausschließlich an ihren eigenen Vorteil, ihr Eigeninteresse.

Prüfung aller Ausgaben und Spenden der öffentlichen Hand an Privatunternehmen

Es gibt eine Vielzahl von Gesetzen, die von der Landes- und Bundesebene direkt auf die kommunale Hoheit Einfluß nehmen. Die Landes- und Bundeszuweisungen sind festgeschriebene Sätze. Interessant sind also die Einnahmen für kommunale Dienstleistungen, Gewerbesteuer und der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer, dazu die Aufnahme von Krediten, die etwa 1/3 der gesamten Einnahmen der Kommunen ausmachen:
In Leipzig werden nur 8,6 Prozent des 2,4-Milliarden-Haushaltes durch eigene Steuereinnahmen gedeckt. Fast die Hälfte des Etats wird mit staatlichen Zuschüssen finanziert. 60 Millionen Mark werden aus Gewerbeeinnahmen erzielt. Schnell nach der Wende wurden zahlreiche Gebühren und Entgelte rigoros erhoben. Macht dieser Posten in anderen Städten nur etwa 10 % aus, so in Leipzig ca. 18 %. Die Gebühren für Parken, Monatskarten für Bahn und Bus, für Kindergarten (152,-DM) oder Krippe (sogar 243,-DM) liegen jeweils deutlich höher als in vielen anderen ostdeutschen Städten.

Zwei Fragen sind bedeutsam:
1. Wie erhöhe ich den Einnahmenanteil, ohne dabei das Kreditvolumen zu erweitern (Kredite zwingen die Kommunen über Jahrzehnte in Zinszwang)?
2. Wofür gebe ich die Einnahmen aus?

Bei **Punkt 1** ist der Spielraum relativ gering, jedoch ist folgendes zu beachten: Wenn die Kommune Leipzig öffentliche Dienstleistungen an Privatfirmen abgibt, hat das meist Arbeitslosigkeit für die Betroffenen zur Folge. Das wiederum reduziert den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer, und wenn nach Arbeitslosigkeit die Soziahilfe folgt, fällt die gesamte Last wieder der Kommune zu, da diese für die Sozialhilfe aufkommen muß.

Auch die Teilprivatisierung von Bereichen ist Privatisierung Mit 51 % kommunalem Anteil (Mehrheit?) der Stadt bleiben die Entscheidungen klar in privater Hand. (Es sitzen ja nicht 100 Leute dort, 51 von der Stadt und 49 vom privaten Betreiber. Diese Prozentanteile werden auf einige Menschen reduziert, so daß bei Nichtanwesenheit, Überzeugung oder Bestechung sofort eine andere Konstellation gegeben ist. Wer dabei wen über den Tisch zieht oder besticht, bleibt Ihrer Phantasie überlassen!)
Auf der anderen Seite wird erst einmal Personal verringert, also Personalausgaben werden eingespart. Trotzdem muß aber die Arbeit verrichtet werden. Also kommt zum Beispiel statt der Reinigerin in der Schule nun eine Dienstleistungsfirma, die von der Kommune für ihre Arbeit bezahlt werden muß. Alle Kleinreparaturen, die vorher der Hausmeister erledigt hat, werden nun von einer Firma erledigt und von der Stadt bezahlt. Eine Kostenersparnis ist letztlich in den seltensten Fällen zu verzeichnen. Deshalb sagt das NEUE FORUM: Es ist besser Arbeit zu bezahlen als Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfe.

Punkt 2: Wofür werden die Einnahmen ausgegeben?
Das ist eine Frage der gesetzten Schwerpunkte. Was wie finanziert wird, obliegt politischem Gestaltungswillen. Die öffentlichen Dienstleistungen und Gelder sind für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt da und dürfen nicht den Gewinninteressen einiger Weniger ausgeliefert werden.
Wir fordern die Transparenz politischer Entscheidungen. Es ist offenzulegen wer, wieviel, wofür öffentliche Gelder erhalten hat, wieviel Wirtschaftsförderung welche Unternehmen erhalten haben und was sie damit taten!

Das bisher Gesagte verdeutlicht, es gibt also einen Spielraum:

1. Wenn die Kommune Kredite aufnimmt, warum nicht für sozialen Wohnungsbau, der ständige Einnahmen garantiert und Belegungsrechte erhält?
2 Programm zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, um damit Steuereinnahmen zu gewährleisten!
3. Nicht unumgänglicher Verkauf von kommunalem Eigentum, sondern Einnahmen durch Vermietung und Verpachtung (kein Privater würde sein Eigentum verkaufen)!
4. Zur Bereicherung des Lebens und der Erhaltung der Kaufkraft in der Stadt sind auch Parkplätze wichtig.
5. Protest mit dem Bürger, selbst wenn es darum geht, Züge und Busse zu organisieren, um mit Tausenden Menschen nach Dresden oder Bonn zu fahren, um für die kommunale Hoheit zu kämpfen.

Dafür tritt das NEUE FORUM ein!

Was heißt „Spar“-Politik?

In Leipzig sollen nach den Plänen Kaminskis (CDU) 40 Millionen „gespart“ werden. Der 51 Seiten umfassende Streichungswunschzettel nennt den Wildpark Connewitz (800.000 DM), die „Wohnungstausch-Zentrale“, weitere 2000 Mitarbeiter der Stadt bis 1995 sowie Streichungen im Referat für Gleichstellung und dem des Ausländerbeauftragten neben vielen anderen „kriminellen Dingen“ (Kaminski).

Schon der Begriff des „Sparens“ beschönigt den Vorgang, denn um Einsparungen, die ein Guthaben für andere Aufgaben bilden, geht es nicht. Die sogenannten „Sparmaßnahmen“ erweisen sich schlicht als Kürzungen zuungunsten der städtischen Beschäftigten und der Sozialleistungen.

Jedoch bestünden durchaus politische Handlungsmöglichkeiten und nicht die Sozialhaushalte (und die Personalkosten der städtischen Beschäftigten) sind das Kernproblem der kommunalen Haushalte (BILD über Sozialausgaben: die „schlimmste Zahl“ - 22.4.1993), sondern:

1) die Schulden

Hier gibt es keine „Nullrunden“ oder reale Senkungen. Hier gibt es den Realzins. Die Kreditgeber, die niemand kennt, denken nicht daran, sich an der Sanierung des Haushalts mit „Opfern“ zu beteiligen. Sie sind es, welche die Stadt drängen, überall zu kürzen nur nicht bei sich. Wenn den Kreditgebern eine Nullrunde verordnet würde, also ein Zinssatz von 4,2% (Stand Oktober 1993), würde der kommunale Haushalt entlastet. Noch besser: ein **Moratorium**, d.h. Aussetzen der Zinszahlungen, damit der Schuldenberg abgetragen werden kann.

2) Korruption, Baupreisüberhöhung, illegale Preisabsprachen

Bei 90% aller öffentlich ausgeschriebenen Bauvorhaben sind illegale Preisabsprachen üblich (focus 26/1993, S.127). Unterstützt durch Schmiergelder an die entsprechenden Behörden werden die „marktüblichen Preise“ um 20-30% zu Lasten der kommunalen Haushalte überzogen. Natürlich trifft das nicht nur auf Bauinvestitionen zu.
Hier stecken Einsparmöglichkeiten.
Preisabsprachen sind nur eine Ordnungswidrigkeit - kein Straftatbestand!.
Die Bußgelder dafür können mühelos aus der Portokasse bestritten werden.

3) Subventionen

Das Grundprinzip besteht darin, möglichst günstige Bedingungen für Investitionen und Geschäfte des Kapitals zu schaffen und die Folgen des unternehmerischen Handelns möglichst weitgehend gesellschaftlich zu tragen.
Es gibt eine Fülle solcher zu Lasten des kommunalen Haushalts gehender Verträge mit Investoren. Und so gibt es Gewinngarantien, Mietgarantien, Investitionszulagen und verbilligte Kredite, zu billige Grundstücke etc. Die Kommunen sorgen für die Verkehrsanbindungen, welche die Betriebe für den Transport ihrer Güter und Dienstleistungen und die Zufuhr von Arbeitskräften brauchen, jedoch nicht mitbezahlen müssen.. Man sorgt mit Steuermitteln dafür, daß verseuchte Betriebsgelände saniert werden, Abwässer geklärt und der Industrie- und Hausmüll beseitigt wird.

4) Bürokratismus

Sicherlich kann an Personalausgaben gespart werden. Aber vor allen Dingen an überflüssigen Hierarchien, z.B. ist das NEUE FORUM für die Abschaffung des Zivilschutzes (er erinnert zudem unangenehm an die Zivilverteidigung der DDR) - der Katastrophenschutz ist vollkommen ausreichend.

5) Verschwendung allerorten

Jedes Jahr gibt der Bund der Steuerzahler ein Schwarzbuch heraus. (Die öffentliche Verschwendung, Bund der Steuerzahler, Wiesbaden). Bis zu 40 Mrd. DM werden nach seiner Schätzung jährlich vom Staat verschwendet. Man reist mit oder ohne Ehefrau hierhin und dorthin, um sich die Welt anzusehen usw.

6) Zu geringe Kapitalsteuern

Die Gewerbesteuer besteht aus einer Steuer auf den Gewerbeertrag und das Gewerbekapital. Alle Methoden, durch überhöhte Abschreibungen, Rückstellungen und Wertberichtigungen oder als Betriebsausgaben getarnte Privatausgaben Gewinne zu vermindern, senken auch die Gewerbesteuer. Eine Abschaffung der Steuerprivilegien würde auch die kommunalen Haushalte sanieren. Der größte Teil aller Steuereinnahmen der Kommune sind Gewerbesteuereinnahmen. Von daher ist die Stadt hochempfindlich auf Senkungen der Kapitalsteuern (Vgl.: Thomas von

Freyberg u.a.(Hg), Armut in Frankfurt, Offenbach 1992, S. 119).
1980 kappte die SPD/FDP-Bundesregierung die **Lohnsummensteuer**, eine Form der Gewerbesteuer. Steuerausfall damals jährlich allein für Frankfurt am Main: 208 Mio DM. Sinkende Steuereinnahmen dehnen den Markt für das Bankengeschäft und damit für Verschuldung, aus.
Gewerbekapitalsteuer wird auf das Vermögen eines Betriebes erhoben. Der Bemessungsgrundlage entsprechen etwa 10% des realen Vermögens. So fließen z.B. die Wertsteigerungen bei Grund und Boden fröhlich an der Stadtkasse vorbei.

7) Abwälzung von Sozialausgaben auf die Kommunen
Der Bund erhöht durch Kürzungen beim Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe die Sozialhilfekosten der Kommunen. Die Kürzungen der Arbeitslosenunterstützung und der Wegfall der Arbeitslosenhilfe nach zwei Jahren wird die Kommunen 4 Mrd. DM kosten (FR 9.9.1993).

8) „Altschulden" ostdeutscher Städte
Die ostdeutschen Städte und Gemeinden sollen die ihnen zugeschriebenen Altschulden von rund 7 Milliarden DM für Kindertagesstätten und andere gesellschaftliche Einrichtungen bezahlen, obwohl diese mit dem Einigungsvertrag als Verwaltungsvermögen zugesichert worden sind. Anläßlich der Konferenz kreisfreier Städte Ostdeutschlands in Berlin am 17.2.1994 lehnten die Städte diese Zahlungen ab.
Das NEUE FORUM meint: Altschulden, die nie real geldartig existierten, sind nicht „zurück" zu zahlen. Wir begrüßen daher die Ankündigung Leipzigs, dagegen zu klagen, wenn es nicht nur bei der Ankündigung bleibt.

Wenn die kommunalen Haushalte nicht auf Kosten der Sozialhilfeberechtigten und der kommunalen Beschäftigten saniert werden sollen, dann müssen diejenigen zur Kasse gebeten werden, die sich an Steuergeldern privat bereichern. Um alle Formen von Wirtschaftskriminalität, öffentlicher Verschwendung, überflüssigen Hierarchien usw. abzubauen, bedarf es der Aufmerksamkeit und der Vorschläge derer, die bereit sind, ihren Interessen Geltung zu verschaffen und sich gegen unsoziale Kommunalpolitik zu wehren:

Zusammenfassung:
Bezahlung der Sozialhilfeausgaben durch den Bund!
Verstärkte Betriebs- und Steuerprüfungen!
Erhöhung statt Abschaffung der Gewerbesteuer!
Zinsverzicht der Banken bei öffentlichen Schulden!
Gefängnisstrafe für die Ausplünderung der Stadtkassen durch Baupreisabsprachen!
Keine Privatisierung Öffentlicher Dienstleistungen!
Keine Zahlung der sogenannten „Altschulden"!

Wohnen in Leipzig

Die berüchtigte „Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft" ist eine 100prozentige Tochtergesellschaft der Stadt. Der inzwischen entlassene Geschäftsführer Karl Trabalski hat Verluste von schwindelerregenden 791 Millionen gemacht. Er hatte von der „Kreditanstalt für Wiederaufbau" (KfW) Kredite in Höhe von 678 Millionen Mark aufgenommen und davon allein 336 Millionen für die Instandhaltung von 56.000 Gebäuden investiert, die der Stadt gar nicht mehr gehörten - für die bereits Rückerstattungsansprüche geltend gemacht wurden! – Welche Motive mag Trabalski für diese großzügigen Geschenke an die Hausbesitzer gehabt haben? Hier ist Ihre Phantasie gefragt!

Die Wohnungen werden teurer. Seit dem LWB-Skandal wird in den alten Bauten überhaupt nicht mehr saniert.
Das wohnungspolitische Konzept Leipzigs sieht bei 500.000 Einwohnerinnen und Einwohnern nur noch für 50.000 Wohnungen kommunale Belegungsrechte bei der LWB vor.
Der Rest wird privatisiert und die Mitglieder der Wohnungsgenossenschaften sollen ihre eigenen Wohnungen kaufen.
Durch das Altschuldengesetz und die Gemeindeordnung diktieren CDU-Bundes- und CDU-Landesregierung ihre Politik der Privatisierung.
Die mehrheitlich SPD-regierte Stadt Leipzig setzt dies einfach um.

Das Letzte:
Zwangsarbeit

„Es gibt gewisse Parallelen zum Arbeitsdienst im Dritten Reich.
Aber deswegen bin ich doch kein Nationalsozialist.“(1)

Matthias von Hermanni
(langjähriger Junge-Union-Vorsitzender in Hannover,
seit 1990 Leiter des ABM-Stützpunktes Leipzig)

ZUR ERINNERUNG

1931 „Freiwilliger“ Arbeitsdienst zum Niedrigstlohn für Jugendliche, die keine Unterstützung bezogen - Arbeit für Kost und Logie

1932 Bestrebungen, daraus einen Zwangsdienst zu machen, nachdem er schon aus der Zuständigkeit der Arbeitsämter ausgegliedert worden war - Ausweitung des Arbeitsdienstes bei gleichzeitiger Reduzierung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

1934 REICHSARBEITSDIENST

DDR Arbeitspflicht bis 1985 - Das Gesetz verfolgte die Arbeitsverweigerung für das SED-Regime mit Arbeitsplatzbindung bis hin zur Verurteilung zu Freiheitsstrafe. Die „strafrechtlichen Erziehungsmaßnahmen“ konnten erst nicht mehr durchgeführt werden als für das herrschende Regime auch Arbeitslosigkeit zum Problem wurde. Ungewollt Arbeitslose oder wegen politischer Opposition Entlassene hatten keinen Rechtsanspruch auf Unterstützung, da es sie offiziell nicht gab.
(Auch heute vertritt die Bundestagsgruppe der PDS das Staatsrechtsverständnis der SED-Diktatur, die dialektische Einheit von Recht und Pflicht. Sie erklärte, es sei nichts gegen eine Arbeitspflicht einzuwenden, wenn im Grundgesetz auch das „Recht auf Arbeit“ eingeführt würde. - (Vgl.: *woche im bundestag* 21/93, S. 61)

1. **Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger**

Die mehrheitlich SPD-regierte Stadt begann bereits in vorauseilendem Gehorsam gegenüber der Bundesregierung im Mai 1993 mit der Zwangsverpflichtung von Sozialhilfeempfängern. Unter der Drohung, bei Verweigerung die Sozialhilfe gekürzt zu bekommen sollten sie für **zwei** Mark „Mehraufwandsentschädigung“ pro Stunde arbeiten. Anläßlich des 9. Oktober 1993 machte das NEUE FORUM diese Praxis mit einem Flugblatt öffentlich. Veranstaltungen folgten. Die Stadtverwaltung wich zurück, machte fünf bereits vollzogene Sozialhilfekürzungen rückgängig und erklärte den Vorfall zum „Übereifer“ einzelner Mitarbeiter. Das Planungspapier, welches die Zwangsverpflichtung von 5000 (!) Menschen vorsah, wurde schnell zum unverbindlichen Diskussionspapier erklärt.Im November wurden 1000 einjährig befristete Arbeitsverträge angekündigt.

Die Folgen des sogenannten „Solidarpakte“ sind soziale Kürzungen. Die Kommunen werden gedrängt, die materielle Erpressung der Sozialhilfeempfänger zu Zwangsarbeit zu veranlassen. Doch noch ist keine Kommune gesetzlich zur Anwendung dieser erniedrigenden Praxis gezwungen.

Gleichzeitig plant die Stadt zahlreiche Streichungen von Dauerarbeitsplätzen. Mit dem Hinweis auf die knappen Kassen tauscht die Kommune tarifgerecht bezahlte Beschäftigte gegen Billigstarbeiter und -arbeiterinnen aus. So spart sie zu Lasten der Ärmsten und nutzt deren Not. Die Vergabe von befristeten Arbeitsverträgen erfolgt willkürlich und nicht einmal bei allen beträgt die Frist ein Jahr. Von tarifgerechten Arbeitsverträgen kann die Rede nicht sein. Nicht einmal der Arbeitsschutz wird beachtet.

Eine Kommunalpolitik, welche ihre Finanzprobleme gegen die Ärmsten ausspielt und zur Begründung für deren Erniedrigung nimmt, kann weder sozial noch demokratisch geheißen werden.

Die Entscheidungs- oder Wahlfreiheit des Einzelnen – eine Grundvoraussetzung aller Demokratie – wird dort verachtet, wo die Erniedrigung zur Zwangsarbeit als Vorbedingung materieller Grundsicherung gilt.

War es im System direkter politischer Herrschaft der DDR Aufgabe selbstbewußter Menschen, sich gegen die politische Entrechtung zur Wehr zu setzen, so ist es im heutigen System indirekter ökonomischer Herrschaft auch notwendig, sich gegen ökonomische bzw. finanzielle Erpressungsmaßnahmen zu wehren. Dies mag auch für Kommunalpolitik gelten, die unter finanziellem Druck von oben steht.
Diesen Druck nach unten auf die Ärmsten zu verlagern, dürfte selbstbewußter Kommunalpolitiker unwürdig sein.
In einer westdeutschen Großstadt soll ein Sportplatz von Zwangsarbeitern erbaut worden sein, der seither unbenutzbar geblieben ist. - In der Sabotage können die zur Zwangsarbeit Verpflichteten noch eine Möglichkeit sehen, sich der Erpressung zu beugen und doch noch ihre Würde zu bewahren?

Das NEUE FORUM fordert:

1. Sofortige Beendigung der entwürdigenden Zwangsarbeit!
   Keine Anwendung des § 25 des Bundessozialhilfegesetzes!
2. Nachträgliche tarifgerechte Entschädigung
   bisher geleisteter Zwangsarbeit!
3. OFFENLEGUNG der Pläne der Stadtverwaltung, welche die Sozialhilfeberechtigten betreffen!
4. Schaffung fester Arbeitsplätze statt deren Abbau zugunsten von Zwangsarbeit!
5. Tarifgerechte Anstellung für alle - keine Spaltung in Arbeitskräfte 1., 2. und 3. Ordnung!
   KEINE UNTER-TARIFLICHE BEZAHLUNG!

2. **„Ehrenamtliche Tätigkeit“**

Die Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen vom 18. März 1993 legalisiert noch eine andere Form der Zwangsarbeit.

Kommunen werden darin ermächtigt, Bürgerinnen und Bürger zu „ehrenamtlicher Tätigkeit“ evtl. mit Verschwiegenheitszwang zu verpflichten.

Wer diese Form der Ehre, eine amtliche Tätigkeit ausführen zu dürfen, nicht zu schätzen weiß und die Arbeit verweigert, dem droht § 19 (4):

„Der Gemeinderat kann einem Bürger, der ohne wichtigen Grund eine ehrenamtliche Tätigkeit ablehnt oder aufgibt, ... ein Ordnungsgeld bis zu 1000 DM auferlegen.“

Daß das NEUE FORUM diese Möglichkeit des Landesgesetzes nicht in der Kommune angewandt sehen will, versteht sich von selbst.

Der Zwangsarbeit haben die Sozialhilfeinitiativen Ende Januar in Heidelberg wie die Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut (BAG) Anfang Februar in Alt-Schwerin den Kampf angesagt. In Alt-Schwerin wurde eine bundesweite Kampagne gegen Zwangsarbeit beschlossen. Ganz bewußt entschieden sich die Initiativen gegen das Motto „Verweigert die Zwangsarbeit!“, denn es hätte nur die Betroffenen angesprochen. Um Betroffene wie Beschäftigte der Behörden, die die Zwangsarbeit organisieren sollen wie alle Menschen, die in der staatlichen Arbeitspflicht einen Angriff auf individuelle Rechte, Tarife, Löhne und normale Arbeitsplätze sehen, anzusprechen, gilt das Motto:

Sabotiert die Zwangsarbeit!